

Ambulant vor stationär – ein Wechsel mit Folgen

Die Regelung «ambulant vor stationär» wird seit 2019 umgesetzt. Sie soll Effizienz im Gesundheitswesen versprechen. Der Wandel betrifft aber weit mehr als nur das Umsetzen von ambulanten Eingriffen im Akutspital. Er fordert eine strategische Neuausrichtung der kompletten Versorgung und vor allem gezielte Investitionen.

Text: Dr. Serge Reichlin, Präsident Sparte Rehabilitation, CEO Klinik Barmelweid; Viviane Stehrenberger, Kommunikation vaka

Mit der Anpassung der Krankenpflege-Leistungsverordnung (Art. 3c und Anhang 1a KLV) wurde die Ambulantisierung zum politischen Instrument. Seither müssen im Akutspital definierte Eingriffe primär ambulant durchgeführt werden. Ziel ist es, Patientinnen und Patienten zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu behandeln – möglichst effizient und bedarfsgerecht. Wie sich aber in den letzten Jahren gezeigt hat, ist die Ambulantisierung kein Selbstläufer. Sie verlangt differenzierte Lösungen, insbesondere für vulnerable Gruppen.

Chancen für Effizienz und Patientenzufriedenheit nutzen
Die Vorteile der Ambulantisierung überzeugen:

- Kürzere Liegezeiten entlasten die stationären Kapazitäten.
- Höhere Patientenzufriedenheit stärkt die Akzeptanz in das Gesundheitssystem.
- Kosteneinsparungen durch ambulante Strukturen schaffen finanzielle Spielräume.

Diese Chancen können jedoch nur genutzt werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Versorgungssicherheit und Finanzierung lösen

Der Wandel zu mehr ambulanten Spitalbehandlungen bringt komplexe Herausforderungen mit sich. Es zeigen sich Probleme, die der Ambulantisierung im Weg stehen:

- Versorgungslücken tun sich auf – besonders für geriatrische, multimorbide oder sozial bedürftige Patientinnen und Patienten (siehe Beispiel ambulante Rehabilitation, Seite 7).
- Fehlanreize im Finanzierungssystem behindern den Wandel – denn stationäre Leistungen sind oft lukrativer.

- Die Unterfinanzierung ambulanter Leistungen, insbesondere bei komplexen Fällen, behindert den Wandel ebenfalls.
- Es gibt Personalengpässe und Bedarf an Investitionen in Infrastruktur und digitale Systeme.

Heutige Rahmenbedingungen erschweren die Ambulantisierung

«Ambulant vor stationär» ist ein wichtiger und richtiger Schritt – aber kein einfacher. Die Transformation zu mehr ambulanten/tagesklinischen Strukturen ist teuer und muss mitfinanziert werden, gegebenenfalls auch durch den Kanton. Die Ambulantisierung braucht

- eine faire Finanzierung
- gezielte Investitionen und
- eine Versorgungsplanung, die alle Patientengruppen berücksichtigt.

Klare Weichenstellungen durch die Politik sind nötig: eine koordinierte Versorgungsplanung und gezielte Förderprogramme. Nur so kann aus einem «Sparprogramm» ein nachhaltiger Strukturwandel im Gesundheitswesen herbeigeführt werden.

Ambulante Rehabilitation – ein Beispiel mit Reformbedarf



In der ambulanten Rehabilitation ermöglichen Tageskliniken eine wohnortnahe Versorgung und rasche Wiedereingliederung, zum Beispiel nach einem Herzinfarkt oder nach orthopädischen Eingriffen. Doch für multimorbide Patientinnen und Patienten genügt es nicht, einfach «sechsmal Physio» zu verordnen. Diese Menschen benötigen spezialisierte Rehabilitationsprogramme und strukturierte Tageskliniken, um wieder fit zu werden und in ihren Alltag zurückkehren zu können. Damit solche Angebote geschaffen werden können, braucht es vor allem eine gesicherte Finanzierung.

Psychiatrie: Tagesklinische Strukturen dringend notwendig



Psychische Erkrankungen sind weitverbreitet und stellen eine erhebliche Belastung für die Betroffenen und für die Angehörigen dar. Sie verursachen hohe gesellschaftliche und wirtschaftliche Kosten. Psychische Belastungen treten in allen Altersgruppen auf, wobei Komorbidität häufig ist. In der Versorgung spielen Krisenintervention, Case-Management und aufsuchende Dienste eine zentrale Rolle. Die ambulante Psychiatrie ist regional aber sehr unterschiedlich verfügbar. Der Ausbau tagesklinischer Strukturen ist dringend notwendig. Aktuelle Zulassungs- und Anerkennungsverfahren sind jedoch nicht auf den bestehenden Fachkräftemangel ausgerichtet. Um eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen, braucht die ambulante psychiatrische Versorgung eine adäquate Regulierung, eine bessere regionale Steuerung sowie eine gesicherte Finanzierung.